

Produktgruppe Justizariat

Die Produktgruppe Justizariat verfolgt die Zielsetzung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen, Konflikte zu lösen und sowohl die zentrale Rechtsausübung als auch die Durchsetzung kommunaler Interessen sicherzustellen.

Schwerpunkte bilden dabei die strategische Beratung einerseits und die operative Begleitung andererseits.

Aus dem Bereich der **strategischen Beratung für Politik und Verwaltungsspitze** sollen einige Projekte exemplarisch genannt werden:

- Zum Aufgabenfeld der Organisationseinheit Recht gehört die Mitarbeit in der Verwaltungsgruppe beim Bahnprojekt Aus- und Neubau der Rheintalbahn („3. und 4. Gleis“). Die eisenbahnrechtliche Planfeststellung ist durch zahlreiche Rechtsgebiete durchdrungen, deren Beachtung bereits auf der konzeptionellen Ebene frühzeitig mitgedacht werden muss, damit die städtische Position gegenüber der Bahnplanung erfolgreich vertreten werden kann. Die Zurückweisung der Bahnplanung im Planfeststellungsabschnitt 7.1 durch das RP als zuständige Anhörungsbehörde ist hier ein erfolgreicher erster Schritt, den es rechtlich zu zementieren gilt.
- Die Antragstellungen zur Errichtung von Vergnügungsstätten und Spielgeräten im Gaststättenbereich nahmen in den vergangenen Jahren deutlich zu. Bei den Fachbereichen 4, 5 und 9 eingehende Anträge werden in Zusammenarbeit mit der OE Recht beleuchtet und überprüft. Die Stadt Offenburg hat sich jedoch entschlossen, nicht lediglich auf die gestellten Anträge zu reagieren, sondern - im Rahmen des rechtlich Möglichen - aktiv die Ansiedlung derartiger Nutzungen zu steuern. Dafür wurde eine dezernatsübergreifende Projektgruppe zur Steuerung der Vergnügungsstätten eingesetzt, in der die OE Recht mitarbeitet. Als Ergebnis der strategischen Überlegungen wurde die gesamtstädtische Steuerung mittels eines Vergnügungsstättenkonzepts angeregt, dessen Erstellung zwischenzeitlich vom Gemeinderat beschlossen wurde.

- Als zentrales Stadtentwicklungsprojekt begleitet die OE Recht die Entwicklung der Nördlichen Innenstadt. Ziel der Zusammenarbeit ist hier vor allem die frühzeitige Klärung vergabe- und vertragsrechtlicher Fragestellungen.

In der Begleitung auf operativer Ebene erstreckt sich die Tätigkeit auf alle Formen rechtlicher Beratung aus einer Vielzahl von Rechtsgebieten.

So wurden die Einführung von Werkrealschulen rechtlich begleitet, Verträge zu diversen ÖPNV-Projekten (Busverkehr, Fahrradverleihsysteme u. a.), zu öffentlichen Veranstaltungen (u.a. public viewing, Freiheitsfest), zu Vermietung/Verpachtung erstellt und geprüft und ein neuer Gaskonzessionsvertrag verhandelt. Grundlegende personalrechtliche Verfahren wurden beraten und koordiniert und Rechtsstreitigkeiten der Stadt vor den Verwaltungs- und Arbeitsgerichten geführt.

Als Koordinationsstelle und Mitglied der Lenkungsgruppe zeichnet die OE Recht für die Außendarstellung der Kommunalen Kriminalprävention verantwortlich.

Bei Kommunalwahlen ist der Gemeindevwahlausschuss als leitendes Wahlorgan bei der OE Recht angesiedelt. In 2010 betraf dies die Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters der Stadt Offenburg. Die OE Recht organisierte und koordinierte die Sitzungen des Gemeindevwahlausschusses sowie die öffentliche Kandidatenvorstellung.